

Christian Graf / Rolf Gollob

## Politische Bildung in der Schweiz

### Zusammenfassung:

Der Beitrag befasst sich auf der Grundlage einer im Jahre 2007 im Auftrag des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) durchgeführten Evaluation des regionalen Bildungsprogramms „Bildung trifft Entwicklung“ mit dem Ansatz der partizipativen Evaluation. Nach einem Überblick über das evaluierte Programm und den Evaluationsauftrag sowie einem knappen theoretischen Exkurs werden die zentralen Schritte der praktischen Umsetzung dieses Ansatzes sowie sich dabei ergebende typische Herausforderungen und Chancen für einen partizipativen Evaluationsprozess aufgezeigt.

### Abstract:

In the country with the worldwide highest amount of votes on matters by the population it would be expected that the political education is strongly promoted by the state as well as the civil society. The article points out why after a long time an intense discussion on political education in schools has been on the way. Especially the developments towards the coordination of the Volksschule would offer a good opportunity to re-define the significance and the focussing of political education on one of the oldest democracies. In this important stage the lack of a national institution for political education is particularly noticeable.

Die Schweiz hat eine lange Tradition als repräsentative Demokratie mit einem hohen Anteil an direktdemokratischen Elementen. Im 19. Jhd wurden die drei wichtigsten direkt-demokratischen Rechte eingeführt: das obligatorische Verfassungsreferendum (1848), das fakultative Gesetzesreferendum (1874) und die Volksinitiative (1891). Diese Mitwirkungsmöglichkeiten wurden im 20. Jahrhundert wesentlich ausgebaut. So erstaunt es nicht, dass noch immer über 50% aller weltweit durchgeführten Sachabstimmungen in der Schweiz stattfinden.<sup>1</sup> Doch die Beteiligung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nahm ebenso ab, wie die Bereitschaft, sich z.B. im Rahmen der Gemeinde aktiv zu beteiligen. Lag die Beteiligung bei den Kantonsratswahlen im Kanton Zürich 1917 noch bei über 80%, sank sie bis 2003 auf rund 34%.

Gerade in einem Land, in dem die Stimmbürgerinnen und -bürger so oft und in allen Sachfragen mitbestimmen, scheint die Befähigung zur aktiven Teilnahme ein selbstverständlicher Bestandteil von Bildung auf allen Ebenen. Dabei hätte auch die Schule einen wesentlichen Beitrag zu leisten, wie dies der damalige Generalsekretär der Konferenz der Kantonalen Er-

ziehungsdirektoren EDK<sup>2</sup> 1999 im Vorwort zum Schlussbericht einer Studie „Politische Bildung in der Schweiz“ wie folgt formulierte (Oser/Reichenbach 1999, S. 5): „Das Paradox, dass sich der Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger am intensivsten engagiert, mit der politischen Bildung am schwersten tut, ist nicht neu. Dahinter mögen verschiedene Bedenken stehen: die Angst vor der Politisierung der Schule, die schmalen Gräte zwischen Vaterlandsliebe und Hurratriotismus und zwischen Aufklärung und überheblicher Kritik, letztlich aber auch, dass in unserem System nicht Wahrheiten, sondern immer neue, unterschiedliche Mehrheiten konkurrieren.“

### Entwicklung der politischen Bildung in der Schweiz

Die politische Bildung im formalen Bildungssystem entwickelte sich in der Schweiz von der Vaterlandskunde über eine Staatskunde (*éducation civique*) als reine Institutionenlehre zur Staatsbürgerkunde (*éducation à la citoyenneté*), respektive in Richtung einer allgemeinen Gesellschafts- oder Sozialkunde. Dies hat dazu geführt, dass in vielen kantonalen Lehrplänen der 1990er Jahre die Anliegen der politischen Bildung nicht mehr explizit aufgeführt wurden. Damit verlor politische Bildung zunehmend an Profil, obwohl in der schulischen Praxis wesentliche Elemente nach wie vor zu erkennen waren.

Eine Intensivierung der Diskussion um die Ausrichtung der politischen Bildung in der Schweiz wurde im Zusammenhang mit dem Jubiläum „150 Jahre Bundesstaat Schweiz“ von der EDK eingeleitet. In einem zweijährigen Mandat sollte das Pädagogische Institut der Universität Freiburg unter Prof. Fritz Oser a) eine Diagnose zum Stand der politischen Bildung/ staatsbürgerlich-ethischen Erziehung in den Schweizer Schulen liefern, b) die aus politischem Unterricht und Schulleben resultierenden Effekte sowie allfällige Lücken und Fehlentwicklungen aufzeigen und c) die Grundsätze einer zeitgemäßen, stufenbezogenen politischen Bildung formulieren. Die zentralen Aussagen dieses Berichtes (Oser/Reichenbach 1999, S. 27ff.) lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Verankerung der politischen Bildung in der Volksschule in allen Kantonen im Rahmen der Pflichtschule,
- die Erarbeitung eines Curriculums auf wissenschaftlicher Grundlage,
- die aktive Auseinandersetzung mit politischen Problemen und Konflikten als zentraler Bestandteil der politischen Bildung,
- das Zusammenspiel von politischer Bildung und moralischer Erziehung ist wünschenswert.

Die überaus kritische Beurteilung der politischen Bildung in der Schweiz schließt mit folgender Schlussbemerkung der Autoren (Oser/Reichenbach 1999, S. 35): „Die sehr ernüchternde Lage der politischen Bildung an den Schweizer Schulen hat uns davon abgehalten, einen weiteren Katalog zu Zielen der politischen Bildung aufzustellen, die zwar wünschenswert, aber nicht realisierbar sind. Diese Art der Problembehandlung wirkt sich u. E. nicht positiv aus auf die Diskussion um die politische Bildung – in der Schweiz und anderswo. Durch die Überhöhung der Ideale der politischen Bildung entwickelt sich eher eine Art Doppelmoral, die es schon als natürlich begreift, dass sich Diskurs und Wirklichkeit immer weiter voneinander entfernen und verselbstständigen. Auf der anderen Seite bleibt ein pädagogischer Oberflächenrealismus, der sich durch keine Ideale und keine nostalgischen Erinnerungen an das Politische irritieren lässt, für die Sache der politischen Bildung mehr als prekär. Es ist diese Sicht, die sich in den letzten Jahren hat ausbreiten können, die die Welt der Menschen nicht mehr auch als Anstoß und Ärgernis begreift, welche sie politisch werden lassen, sondern als eine Art Naturgeschehen, mit welchem man sich am besten arrangiert, weil es sich nicht verändern lässt. Für eine politische Bildung, die mehr sein will als (minimaler) politischer Unterricht bzw. (minimale) staatsbürgerliche Erziehung, nämlich Einführung in das Politische und Praxis eines dezidiert demokratischen Lebens, ist eine solche ‚realistische‘ Sicht der geeignete Totengräber.“

### Der IEA-Schock

Die Einschätzungen über den Zustand der politischen Bildung in der Schweiz wurden durch die Ergebnisse der IEA Studie Civic Education im Jahre 2001 bestätigt. Im Rahmen von zwei Erhebungszyklen<sup>3</sup> wurden im Jahr 1999 in 28 Ländern rund 90.000 14- bis 15-Jährige und im Jahr 2001 in 16 Ländern 53.400 16- bis 19-Jährige hinsichtlich ihres politischen Verstehens getestet und bezüglich ihres Demokratieverständnisses, politischen Engagements sowie ihrer politischen Einstellungen und Konzepte befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass junge Menschen in der Schweiz im internationalen Vergleich in vielen Bereichen des politischen Wissens, Denkens, Fühlens und Handelns schlecht wegkommen. Die Ergebnisse der schweizer – und dabei insbesondere auch der deutschschweizer – Schülerinnen und Schüler im 9. Schuljahr liegen im internationalen Vergleich meist unter dem Durchschnitt.

Diese Ausgangslage führte in der Folge in den letzten Jahren zu einer Intensivierung des Fachdiskurses sowohl auf internationaler wie auch auf nationaler und kantonaler Ebene. In zahlreichen Kantonsparlamenten wurden Vorstöße für eine Verstärkung der politischen Bildung in den Schulen gefordert. Während in diesen politischen Vorstößen noch oft traditionelle Vorstellungen von Institutionenlehre manifest werden, scheinen sich im Bildungsbereich Ideen durchzusetzen, die im Rahmen des Europarates als Demokratie-Lernen definiert wurden.<sup>4</sup>

### Politische Bildung als Idee des Demokratie-Lebens und -Lernens

In der Erklärung des Europarates von 1999 wird Education for Democratic Citizenship (EDC) wie folgt beschrieben:

- ein Ansatz zu lebenslangem Lernen im Bereich der Partizipation in verschiedenen Zusammenhängen;

- Bürgerinnen und Bürger werden zur Wahrnehmung aktiver und verantwortungsvoller Rollen im Leben und in der Gesellschaft befähigt;
- Ziel ist die Entwicklung einer Kultur der Menschenrechte;
- die Menschen werden auf ein Leben in einer multikulturellen Gesellschaft vorbereitet;
- sozialer Zusammenhalt, gegenseitiges Verständnis und Toleranz werden gestärkt;
- Strategien zur gesellschaftlichen Integration aller Altersgruppen und Gesellschaftssektoren werden angeregt.

Die überlieferten Bildungsansätze werden gemäß Europarat diesem Ziel des aktiven, informierten und verantwortungsbewussten Bürgers, auf den moderne Demokratien angewiesen sind, schlicht nicht mehr gerecht. Sie verfehlen die zentralen Anforderungen einer Welt, die sich in raschem Wandel befindet – gesellschaftlich, wirtschaftlich, politisch und kulturell – in mehrfacher Hinsicht:

- Sie halten an der Vermittlung systematischer Informationen fest und enthalten den Lernenden so die Chance vor, Probleme in Politik und Gesellschaft zu erkunden und in ihrer Kontroversität zu erfassen und zu beurteilen – zu einem Zeitpunkt, an dem ihr Interesse an tradierten Formen der Politik und des politischen Engagements deutlich nachlässt.
- Die Konzentration auf bruchstückhaftes Wissen innerhalb der Grenzen der etablierten Fachdisziplinen und das Festhalten am klassischen Schulbuchunterricht ist angesichts der raschen Fortschritte der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien nicht mehr zeitgemäß.
- Ein Ansatz politischer Bildung, der sich mit der Vermittlung von Kenntnissen über ‚ideale‘ Systemmodelle begnügt, verkennt die Aufgabe, die Kompetenzen praktischer Teilhabe in demokratisch verfassten Entscheidungsprozessen zu trainieren.
- Die Ausrichtung auf angeblich ‚leitende Kulturen‘ bzw. die angeblich ‚gemeinsame‘ Loyalität zur Nation ist nicht mehr zu halten in einer Zeit, in der die politische und rechtliche Anerkennung kultureller Vielfalt als Kraftquell der Demokratie erkannt wird.
- Die tradierte politische Bildung steht der Lebenserfahrung der Lernenden und ihrem Lebenszusammenhang in der Gemeinde abgehoben und beziehungslos gegenüber – während in der Gesellschaft die Kraft sozialer Bindungen und der Gedanke der Solidarität nachlassen.
- Die tradierte politische Bildung reproduziert die überlieferte Spaltung zwischen politischer Sozialisation, schulischer und außerschulischer Bildung – in einer Zeit, in der die schulische Bildung die jungen Menschen auf einen Prozess lebenslangen Lernens vorbereiten müsste.
- Die tradierte politische Bildung ist auf den Nationalstaat fixiert. Sie vermag daher nicht die zunehmende Verflechtung und Interdependenz auf regionaler und internationaler Ebene zu erfassen.<sup>5</sup>

Die Analyse des Europarates ist für die Schweiz mit ihrer ausgeprägten direktdemokratischen Kultur wichtig. Für die politische Bildung in der Schweiz kann folglich als Ziel definiert

werden, die Schule als demokratische Lebensform zu gestalten, welche die Entwicklung von Kompetenzen ermöglicht, die zur Teilhabe und Gestaltung einer demokratischen Gesellschaftsform befähigen. In diesem Kontext soll politische Bildung den Lernenden nicht nur reines Wissen über politische Institutionen ermöglichen, sondern vielmehr ausgehend von konkreten politischen Fragen das Erwerben von Urteils-, Analyse- und Methodenkompetenz ermöglichen. Politische Fragen werden nicht reduziert auf die dafür zuständigen Institutionen beobachtet, sondern in einem politikwissenschaftlichen Sinne ganzheitlich betrachtet und analysiert. Dabei spielen neben den politischen Strukturen (polity), der politische Prozess (politics) und die politischen Inhalte (policy) eine wichtige Rolle. Nur durch eine differenzierte Analyse dieser drei Dimensionen und eine Verknüpfung derselben, können unserer Ansicht nach überzeugende Antworten auf politisch relevante Fragen gefunden werden. Damit wurden wesentliche Anstöße des Europarates zum Demokratie-Lernen mit dem Verständnis von politischer Bildung verbunden, das im Entwurf „Anforderungen an Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen“ der deutschen Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) festgehalten ist.<sup>6</sup>

### Neue Dynamik in der Diskussion

Die Initiative der Erziehungsdirektorenkonferenz EDK, die Ergebnisse der IEA Studie, die Einbindung in die internationale Diskussion sowie mehrere politische Vorstöße haben in der Schweiz verschiedene Akteure auf den Plan gerufen und zu Projekten auf mehreren Ebenen geführt.

Der Fachdiskurs konzentriert sich dabei einerseits auf die Diskussion und Erarbeitung von Konzepten der politischen Bildung sowie andererseits auf die didaktischen Umsetzungsmöglichkeiten. Ersterer könnte durch einen intensivierten Einbezug der Fachwissenschaften (insbesondere der Politikwissenschaft) eine zusätzliche Bereicherung erfahren. Dieser Austausch zwischen Fachwissenschaft und Fachdidaktik findet jedoch in der Schweiz erst in Ansätzen statt.

Ein Beispiel eines solchen übergreifenden Fachdiskurs findet sich im nationalen Forschungsprojekt „Challenges to Democracy in the 21<sup>st</sup> Century“. Das seit 2005 laufende Forschungsprojekt, welches in rund 20 verschiedenen Projekten Fragen der Demokratieentwicklung hinsichtlich der neuen Herausforderungen an die Demokratie (ausgelöst durch die Globalisierung und den Einfluss der Medien) nachgeht, verfolgt diesen Ansatz in bestimmten Projekten, die unter der Kategorie ‚Knowledge Transfer‘ zusammengefasst sind. Die Verknüpfung von Theorie und Praxis ist zentrales Element dieser Projekte. Der Frage der didaktischen Umsetzung von Demokratie-Lernen kommt daher hier eine große Bedeutung zu.<sup>7</sup>

Die Eröffnung des Zentrums für Demokratie in Aarau, getragen von der Stadt Aarau und der Universität Zürich, könnte eine weitere Chance sein für einen konstruktiven Austausch und eine Intensivierung des Dialogs zwischen Hochschule und Fachhochschule, was für die Fachdiskussion im Allgemeinen als zentral angesehen werden muss.<sup>8</sup>

Die in der Schweiz erst vor kurzer Zeit eingerichteten Pädagogischen Hochschulen spielen bei der Weiterentwicklung von Theorie und Praxis der politischen Bildung eine zentrale Rolle. Verschiedene Projekte befassen sich mit den Einstellungen von Lehrpersonen oder Jugendlichen zur politischen Bildung sowie der konkreten Unterrichtspraxis. Der aktuelle Stand der didaktischen Diskussion und die aktuellen Forschungsprojekte können auf der Website [www.politischebildung.ch](http://www.politischebildung.ch) nachvollzogen werden.

Zwei konkrete Initiativen, die direkt auf die Unterrichtspraxis wirken, sollen in der Folge etwas vertiefter dargestellt werden, weil sie aus unterschiedlichen Gründen für die Schweiz Pioniercharakter haben.

### Grundlagenband „Politik und Demokratie – leben und lernen“

Im Jahre 2003 analysierten Fachleute aus Pädagogischen Hochschulen sowie Lehrplan- und Lehrmittelverantwortliche aus verschiedenen Kantonen der deutschen Schweiz an einer Ta-

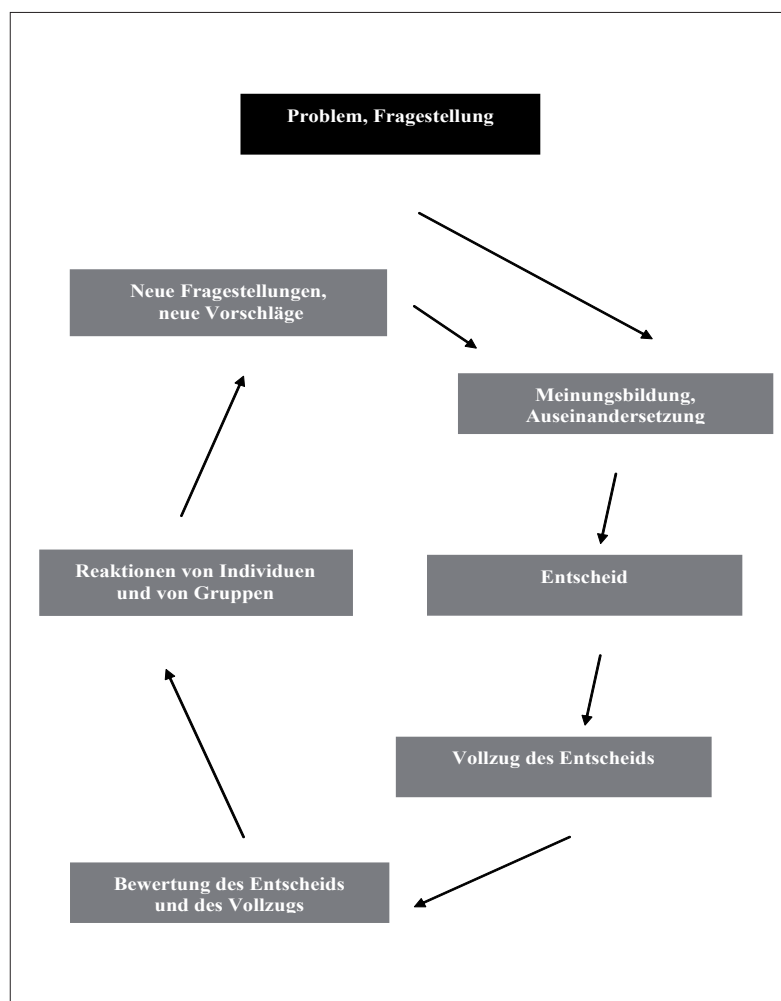


Abb. 1 Grundspirale Politzyklus

gung der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (ilz) die Situation der politischen Bildung.<sup>9</sup> Klar wurde damals, dass die Bedürfnisse jeder Demokratie nach mündigen Bürgerinnen und Bürgern nicht ohne Auswirkungen auf die Schule sein können und der Staatsbürgerkundeunterricht als Lernansatz in der bisherigen Form nicht mehr genügt. Als dringlichste Aufgabe in der interkantonalen Zusammenarbeit formulierte die ilz-Arbeitsgruppe die Erarbeitung eines konkreten Konzeptes der politischen Bildung, auch als Basis für künftige Lehrmittelentwicklungen für die verschiedenen Schulstufen. Die Tagung gab damit den Startschuss für ein interkantonales Projekt zur Erarbeitung von Grundlagen zur politischen Bildung für die Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen.

Die 2007 erschienene Publikation<sup>10</sup> besteht aus mehreren Einzelteilen mit je unterschiedlichen Zugangsweisen: Der Teil „Zugänge“ enthält ein Plakat mit Fragen zum eigenen Politik- und Demokratieverständnis der Lehrpersonen sowie zu ihren Vorstellungen einer politischen Bildung. Eine Serie von Fotos will den Dialog über politische Bildung anregen.

In einer speziellen Broschüre wird der Politikzyklus vorgestellt (vgl. Abb. 1) und anhand von Beispielen aus dem Leben und dem Schulalltag von Kindern und Jugendlichen von der Vorschule bis zur Lehrerbildung illustriert.

Neben diesen Materialien, die einen offenen Einstieg in Kursituationen des Studiums und der Weiterbildung ermöglichen, liefern die drei zusätzlichen Broschüren die notwendige Grundinformation und -orientierung auf fachlicher (Broschüre „Hintergrund. Sich informieren über Politik und Demokratie“) und didaktischer Ebene (Broschüre „Konzepte. Politische Bildung systematisch“). Die Broschüre „Einblicke. Politische Bildung konkret“ schließlich enthält 15 erprobte Unterrichtssequenzen vom Kindergarten bis zur Lehrerbildung.

Die Publikation nennt politische Mündigkeit als Ziel der politischen Bildung. Politische Mündigkeit zeigt sich in den drei Kompetenzbereichen „Politische Analyse- und Urteilskompetenz“, „Politische Methodenkompetenz“ sowie „Politische Entscheidungs- und Handlungskompetenz“.

Mehrere Kantone haben die Chance genutzt, den Ordner durch kantonale Materialien (Lehrplanzusätze, Hinweise auf außerschulische Lernorte) zu ergänzen. Als nächster Schritt entstehen in den nächsten Jahren auf der Grundlage der Publikation „Politik und Demokratie – leben und lernen“ wiederum in Zusammenarbeit mehrerer Kantone Unterrichtsmaterialien für die Volksschule.

Wenn auch die interkantonale Zusammenarbeit innerhalb der deutschen Schweiz bereits als Erfolg zu werten ist, zeigt sich daran einmal mehr, wie schwer sich die mehrsprachige Schweiz im Austausch über die Sprachregionen hinaus noch immer tut. Dass gerade bei der politischen Bildung die unterschiedlichen historischen, kulturellen und politischen Traditionen und Entwicklungen der deutschen, französischen und italienischen Schweiz zu berücksichtigen sind, ist einsichtig. Allerdings wäre eben gerade in diesem Diskurs sehr viel über die Ansichten und Konzepte der jeweils anderen Sprachregion zu lernen.

### **Jugend debattiert – ein nationales Schulprojekt**

Was auf der Ebene der konzeptionellen Grundlagen nicht geglückt ist, hat dafür ein Schulprojekt geschafft, dessen Ursprung

in Deutschland liegt: Jugend debattiert – La jeunesse débat – La gioventù dibatte.<sup>11</sup>

2005 übernahm die Stiftung Dialog – eine 30-jährige Institution, gegründet von den im Bundesparlament vertretenen Parteien – von der gemeinnützigen Hertie-Stiftung, Frankfurt, die Grundlagen von Jugend debattiert, einem Projekt für die Sekundarstufen I und II. Nach einer Adaption sowie der Übersetzung der Unterrichtsmaterialien wurde das Projekt Ende 2005 im Parlamentssaal in Bern von der damaligen Bundeskanzlerin gestartet. Bereits im ersten Zyklus war das Projekt unerwartet erfolgreich: In schätzungsweise 1000 Schulklassen der ganzen Schweiz wurde nach den Regeln von Jugend debattiert verbal gestritten. Nach dem Motto „In der Schule üben, in der Öffentlichkeit bestehen“ fand Ende 2007 das öffentliche Finale des Wettbewerbs teils von Jugend debattiert statt. Dabei wurde über folgende Fragen debattiert: Soll Doping freigegeben werden? Sollen in der Schweiz neue Atomkraftwerke gebaut werden? Sollen die Olympischen Spiele Peking 2008 boykottiert werden? Soll in der Schweiz der Bau von Minaretten verboten werden?

Natürlich deckt Jugend debattiert nur ein kleines Mosaiksteinchen einer umfassenden politischen Bildung ab. Dennoch lassen sich aufgrund der überaus positiven Erfahrungen mit Jugend debattiert einige allgemeine Faktoren für künftige Unterrichtsprojekte definieren, die von Lehrpersonen auch tatsächlich umgesetzt werden:

- Die Idee muss mit einem überschaubaren persönlichen und zeitlichen Aufwand zu realisieren sein: Jugend debattiert umfasst eine Unterrichtssequenz von acht Lektionen und bietet Zusatzangebote im Umfang von sechs Lektionen an.
- Hilfreich sind Übungsarrangements mit klaren Regeln: Bei Jugend debattiert sind Ablauf, Kriterien sowie der zeitliche Rahmen der Debatte im Voraus gegeben.
- Die Unterrichtssequenz ist interdisziplinär angelegt und kann von mehreren Lehrpersonen gemeinsam durchgeführt werden: Jugend debattiert wird meist im Deutsch-, Geschichts- und Philosophieunterricht umgesetzt.
- Jugendliche erhalten die Möglichkeit, die erworbenen Fertigkeiten außerhalb der Schule öffentlich anzuwenden. Dies fördert die Motivation und macht aus einem Schulstoff eine Alltagserfahrung: Der außerschulische Wettbewerb von Jugend debattiert ist für alle Jugendlichen offen und wird öffentlich ausgetragen.
- Und nicht zuletzt: Als Projekt im Rahmen der politischen Bildung muss die Methode zentrale Kompetenzen im Hinblick auf politische Mündigkeit fördern. Debatten zielen auf Entscheidung, anders als Diskussionen, in denen die Klärung einer Sachfrage im Zentrum steht. Gerade für die Schweiz mit ihren vielen Sachabstimmungen ist die Debatte daher ein zentrales Element der direkten Demokratie.

### **Wie weiter? Bildungspolitische Chancen und Herausforderungen für die politische Bildung in der Schweiz**

#### **Das HarmoS-Konkordat**

Das föderale Bildungssystem der Schweiz ist seit einigen Jahren in Bewegung geraten. Am 21. Mai 2006 haben das Schweizer Stimmvolk und alle Stände die revidierten Bildungsartikel in der Bundesverfassung mit 86% Ja-Stimmen angenommen. Seither sind die

Bildungsverantwortlichen (die Kantone und je nach Bildungsstufe Bund und Kantone zusammen) per Verfassung verpflichtet, wichtige Eckwerte im Bildungsbereich national einheitlich zu regeln. Was die Schule betrifft, kommen die Kantone mit der „Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule“ (HarmoS-Konkordat) ihren Verpflichtungen nach. Darin werden national die Dauer und die wichtigsten Ziele der Bildungsstufen sowie deren Übergänge harmonisiert.

Für die politische Bildung zentral ist die Aussage über die Sozial- und Geisteswissenschaften (EDK 2007, S. 2): „Während der obligatorischen Schule erwirbt jede Schülerin und jeder Schüler die Grundbildung, welche den Zugang zur Berufsbildung oder zu allgemeinbildenden Schulen auf der Sekundarstufe II ermöglicht, insbesondere in den folgenden Bereichen: (...) c. Sozial- und Geisteswissenschaften: eine Grundbildung, welche dazu befähigt, die grundlegenden Zusammenhänge des sozialen und politischen Umfeldes sowie von Mensch und Umwelt zu kennen und zu verstehen (...).“ Das HarmoS-Konkordat bildet die rechtliche Basis für die Entwicklung und zukünftige Anwendung von verbindlichen, nationalen Bildungsstandards (Art. 7) für die obligatorische Schule durch die EDK. In einer ersten Phase lässt die EDK gegenwärtig Leistungsstandards für die Fachbereiche Schulsprache, Landessprachen/Fremdsprachen, Mathematik und Naturwissenschaften entwickeln. In einer nächsten Phase wäre es auch denkbar, Standards zur politischen Bildung oder zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten und einzuführen.

### Sprachregional einheitliche Lehrpläne

Auch auf der Ebene der Lehrpläne ist eine Harmonisierung im Gang. Diese soll aufgrund erheblicher kultureller, pädagogischer und curricularer Unterschiede zwischen den Sprachregionen nicht national, sondern sprachregional geschehen. So wird es nach dem Willen der EDK nur noch einen Lehrplan pro Sprachregion geben. Der Lehrplan Deutschschweiz soll 2011/12, der Plan d'études romand (PER) 2009/10 vorliegen.

Gerade in Bezug auf die Entwicklung eines einheitlichen Lehrplans für die deutsche Schweiz zeigt sich deutlich, wie wenig Unterstützung die politische Bildung in der Schweiz genießt. Während für die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) eigens ein Mitarbeiter während drei Jahren im Lehrplanprojekt angestellt wurde, finanziert durch fünf Bundesämter, ist für die politische Bildung kein solches Teilprojekt vorgesehen.

### Klärung des Verhältnisses von BNE und politischer Bildung

Auch in einem anderen Zusammenhang macht sich das Fehlen einer national arbeitenden Institution für politische Bildung bemerkbar: Wer vertritt die Interessen der politischen Bildung gegenüber der auf politischer Ebene stark geförderten Bildung für Nachhaltige Entwicklung? Wo wird das Verhältnis zwischen den beiden Querschnittsbereichen definiert? Die EDK und sechs Bundesämter haben im Mai 2008 das Mandat der Koordinationskonferenz BNE<sup>12</sup> verabschiedet. Dieses Gremium „koordiniert Strategie und Umsetzung von Bund und Kantonen bei der Integration der BNE auf allen Stufen und in allen Bereichen des Bildungssystems.“<sup>13</sup>

Die politische Bildung taucht im gesamten Statut nur ein einziges Mal auf. So soll die Koordinationskonferenz „zum Zweck der gegenseitigen Information und der Meinungsbildung die SK

BNE regelmäßig, einmal jährlich, mit beratender Stimme“ u. a. je eine Vertretung von nicht-gouvernementalen Organisationen aus den Bereichen Gesundheitserziehung, Globales Lernen, Umweltbildung und Politische Bildung beiziehen.

Und damit zeigt sich die größte Schwäche der politischen Bildung in der Schweiz: Es besteht keine nationale Institution der Zivilgesellschaft, die genügend Erfahrung und Potenz aufgebaut hat, um im entscheidenden Moment ihren Einfluss geltend machen zu können. Auch diese Tatsache müsste im Zusammenhang mit dem Zustand der Demokratie in der Schweiz zu denken geben.

### Anmerkungen

- 1 Die ehemalige Bundeskanzlerin Huber-Hotz nannte die prozentuale Abnahme gegenüber dem Beginn des 20. Jahrhunderts als Beweis für die Entwicklung von Demokratien in vielen Ländern der Welt. <http://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg-id=5834>.
- 2 Vergleichbar der KMK in Deutschland.
- 3 Während sich der erste Erhebungszyklus auf alle drei großen Sprachregionen der Schweiz bezog, beschränkte sich die zweite Erhebung auf die Deutschschweiz.
- 4 Declaration and programme on education for democratic citizenship, based on the rights and responsibilities of citizens, adopted by the Committee of Ministers on 7 May 1999.
- 5 Tool on Teacher Training for Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education DGIV/EDU/CIT (2004) 44rev5/ Rev (Sept 2007).
- 6 Wolfgang Sander hat in einer Rezension der im Artikel erwähnten Publikation „Politik und Demokratie leben und lernen“ diese Verknüpfung verschiedener Ansätze wie folgt beschrieben: „Inhaltlich zeichnet sich das Werk durch eine geschickte Verknüpfung verschiedener Diskurse in der Politikdidaktik aus. Dies gilt vor allem für die in Deutschland – und in dieser Form wohl auch nur in Deutschland – kontroverse Debatte um das Verhältnis von Demokratie- und Politiklernen(„.“) In: kursiv. Journal für Politische Bildung, Heft 3/2008, S. 114.
- 7 Ausführliche Informationen zu den Projekten des „Knowledge Transfers“ finden sich unter: [www.nccr-democracy.unizh.ch/nccr/knowledge\\_transfer](http://www.nccr-democracy.unizh.ch/nccr/knowledge_transfer).
- 8 Informationen unter [www.zdaarau.ch](http://www.zdaarau.ch).
- 9 Die ilz ist der Zusammenschluss von 18 Kantonen der deutschen Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein. Sie koordiniert seit 30 Jahren die Entwicklung von Lehrmitteln. [www.ilz.ch](http://www.ilz.ch).
- 10 Die Publikation wird in Deutschland ausgeliefert bei: [www.paedexpress.de](http://www.paedexpress.de).
- 11 Näheres zum Projekt: [www.jugenddebattiert.ch](http://www.jugenddebattiert.ch).
- 12 Die neue Koordinationskonferenz besteht aus dem Generalsekretariat der EDK und sechs Bundesämtern: Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), Bundesamt für Umwelt (BAFU), Bundesamt für Gesundheit (BAG), Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF).
- 13 Statut der Schweizerischen Koordinationskonferenz Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung (SK BNE), S. 2.

### Literatur

- Gollob, R./Graf, Ch. et al. (2007): Politik und Demokratie leben und lernen. Politische Bildung in der Schule. Grundlagen für die Aus- und Weiterbildung. Bern.
- Oser, F./Reichenbach, R. (1999): Politische Bildung in der Schweiz. Schlussbericht. Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren. Bern.
- Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) (2007): Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule vom 14. Juni 2007.

### Christian Graf

ist Mitautor von „Politik und Demokratie leben und lernen“ und pädagogischer Leiter von „Jugend debattiert“.

### Rolf Gollob

ist Mitautor von „Politik und Demokratie leben und lernen“ und Co-Leiter des Institutes IPE (International Projects in Education) an der Pädagogischen Hochschule Zürich.